

F Gedenkstätten errichten !

1. Verdrängung



Gut gepflegt und aufgeräumt der Friedhof Sandbostel

Obwohl die Massengräber der sowjetischen Kriegsgefangenen die Hälfte des Friedhofs einnehmen, wird durch den Text der Eingangstafel und durch die wenigen Steine mit dem russisch-orthodoxen Kreuz die große Zahl sowjetischer Toter völlig in den Hintergrund gedrängt.

Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung zufolge erfolgte diese „Verdrängung“ zu Beginn der fünfziger Jahre auf Veranlassung der Kreisverwaltung in Rotenburg, die ein älteres Mahnmal zum Gedenken an 46 000 Opfer des Stalags Sandbostel mit der Begründung entfernen ließ, diese Zahl sei viel zu hoch gegriffen.

Die Kriegsgräberstätte Sandbostel verschenkt durch ihre formale Gestaltung und durch die Ungenauigkeit, ja Verschlebung der historischen Fakten die Möglichkeit, eine Stätte des Gedenkens und des Mahnens zu sein. Diesen sterilen Umgang mit den Opfern des Faschismus, ganz besonders deutlich bei den sowjetischen Op-

fern, haben wir auf vielen Kriegsgräberstätten vorgefunden. Sie wirken wie die zu Stein gewordene „Unfähigkeit zu trauern“ (A. Mitscherlich). Gerade in Sandbostel jedoch wäre eine anschauliche Vermittlung der Vergangenheit möglich: das Lagergelände und verschiedene Baracken sind noch zu erkennen, der Lagerfriedhof liegt in der Nähe. Dieses Ensemble der Spuren wäre geeignet für eine Gedenkstätte, die zum einen das Schicksal der ausländischen Kriegsgefangenen dokumentiert, zum anderen auch einer zweiten Opfergruppe gedenkt, die in Sandbostel begraben ist. Der Besucher der Kriegsgräberstätte Sandbostel wird völlig im Unklaren darüber gelassen, wo die 3000 hier begrabenen KZ-Häftlinge – im Lageplan als „Opfer nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen“ bezeichnet – herkommen. Nichts weist darauf hin, daß das Stalag Sandbostel Bestimmungs- oder Durchgangsort der „Evakuierungstransporte“ von Häftlingen des Konzentrationslagers Neuengamme und seiner Außenkommandos war.



„Deutsche Zivilisten schaufeln Gräber auf dem Friedhof.“

2. Initiativantrag auf dem Bezirksparteitag der SPD Nord-Niedersachsen



INITIATIVANTRAG NR. 1

einstimmig angenommen!

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

" Die Gremien der Partei als auch die zuständigen Genossen in den Orts- und Kreisparlamenten mögen sich dafür einsetzen, daß auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Sandhostel/Bremervörde eine Gedenk- und Erinnerungsstätte errichtet wird."

Begründung:

Es ist wichtig, daß diese Stätten für die Nachwelt zum Gedenken und zur Mahnung erhalten bleiben. Gedenksteine allein genügen nicht. Es müssen Dokumentationsmöglichkeiten geschaffen werden, die der Nachwelt eine konkrete Anschauung ermöglichen.

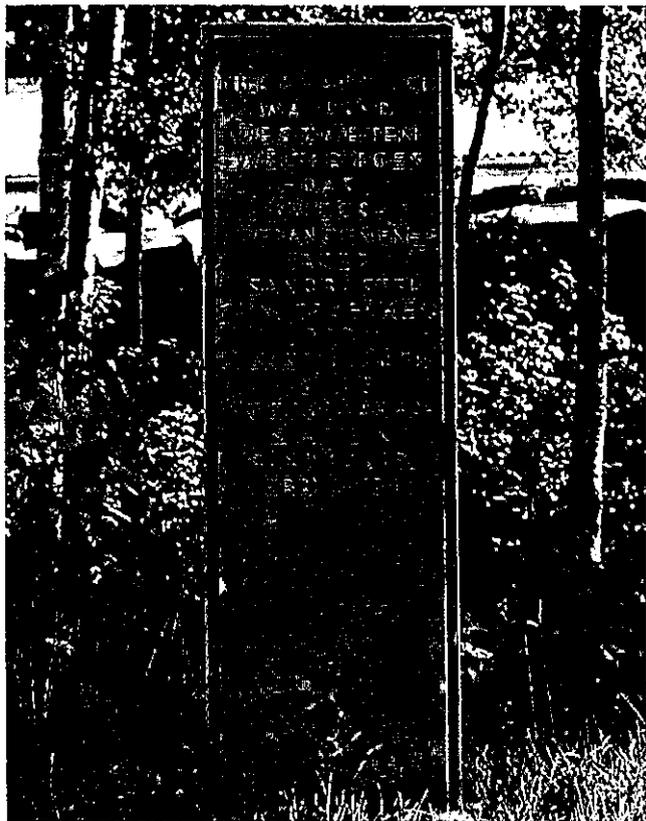
Momentan ist dieses Gelände als Industrie- und Gewerbegebiet ausgewiesen. Ein großer Teil der Gebäude besteht noch und wird z. Zt. als Lager und Fabrikationsstätte genutzt.

Die erforderlichen Unterschriften liegen vor.

3. Vorbedingungen einer Gedenkstätte in Sandbostel

von Werner Borgsen

Initiativen, die das Ziel verfolgen, auf dem Gelände des ehemaligen Stalag XB in Sandbostel eine Informations- und Gedenkstätte zu errichten, müssen sich ihrer historischen (was auch meint: Geschichte der Verdrängung!), ideologischen und technisch-organisatorischen Start- und Arbeitsbedingungen bewußt sein. Waren entsprechende Forderungen gegen Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre noch Anliegen von Einzelpersonen und ad-hoc gebildeten Minderheitsgruppen, so änderte sich dies mit dem Angebot einer Bremer Schulklassse vom Jahresende 1982 an Kreisverwaltung und Landesregierung, am Lagereingang eine selbst entworfene Informationstafel anzubringen. Ergebnis der Beratungen in den zuständigen Kreisgremien war der inzwischen am Lagereingang vorne links aufgestellte Monolith mit der Inschrift: „Hier befand sich während des Zweiten Weltkrieges das Kriegsgefangenenlager Sandbostel. Zum Gedenken der Verstorbenen ist die Kriegsgräberstätte in Sandbostel errichtet.“



Es war dann der Anregung des Ortsvereins Selsingen der SPD zu verdanken, daß sich überörtliche Parteigremien bis hinauf zum Landesverband aus Anlaß der Gedenkveranstaltungen zum 40. Jahrestag des Kriegsendes im Jahre 1985 den Forderungen nach Errichtung einer Informations- und Gedenkstätte auch in Sandbostel anschlossen.

Die Voraussetzungen für eine solche Einrichtung sind in Sandbostel vergleichsweise günstig. Der Umfang noch erhaltener Baracken und Versorgungsgebäude aus der Zeit des Stalag XB ist noch immer beachtlich. Auch liegt umfangreiches textliches Bild- und Kartenmaterial bereit, das die Geschichte des Lagers in den Jah-

ren 1939 bis 45 veranschaulicht und das einem interessierten Publikum zugänglich gemacht werden kann. Daß es andererseits nicht nur möglich, sondern auch gerechtfertigt, ja für die Erinnerungs- und Trauerarbeit älterer und jüngerer Generationen in der Region unabdingbar erforderlich ist, die Reste des Lagers zu erhalten, geht aus den Unterlagen zweifelsfrei hervor. Sie zeigen das Stalag XB als eine von vielen Einrichtungen nationalsozialistischer Machtpolitik und Menschenverachtung, das zur Endstation des Lebens Tausender von Menschen und für viele tausend andere zum tragischen Tiefpunkt ihrer Lebensgeschichte wurde.

Bisher aber stößt noch jede Bemühung, im Lager eine Dokumentationsstätte zu errichten, auf eine verbreitete Mischung aus Desinteresse, Verständnislosigkeit und Ablehnung. So wird sich jede Initiative, die diese Mauer der Verdrängung überwinden will, darüber klar werden müssen, was die Existenz dieser geschichtlichen Überreste für die ortsansässige Bevölkerung bedeutet. „Sie wollen doch nur unsere Dorfgemeinschaft zerstören!“ – dies Verdikt muß sich vorhalten lassen, wer versucht, die Erinnerung an den historischen Charakter des heutigen Gewerbegebietes wachzuhalten bzw. wiederzubeleben. Die Sehnsucht nach Harmonie und heller Welt im Dorfe leidet unter den Schatten, die die in die Dorfgemeinschaft eingebrochene „große Geschichte“ in Form der bis heute noch erhaltenen Baracken wirft. Und jede eingehende Beschäftigung mit der Geschichte des Lagers beschwört die Gefahr herauf, daß der Name des Dorfes ebenso wie im Falle Auschwitz, Belsen und Dachau weithin als Synonym für nationalsozialistischen Lagerterror gehandelt wird – eine Katastrophe für das dörfliche Selbstverständnis und Selbstbewußtsein.

So erklären sich die Bemühungen, alle Hinweise auf die ursprüngliche Zweckbestimmung des Geländes dem öffentlichen Vergessen anheimzugeben. Dazu gehört die Umwandlung des Lagers in ein Gewerbegebiet mit dem idyllischen Namen „Immenhain“, dazu zählt das Verschwinden des Hinweises auf den KZ-Friedhof auf den Wegweisern zur Kriegsgräberstätte, dazu gehört vor allem die – wenn man nicht Ahnungslosigkeit unterstellen dürfte – schon fast zynisch anmutende Ansiedlung eines Pferdehofes für Kinder ausgerechnet an dem Ort, an dem in der Nacht vom 19. auf den 20. 4. 45 etwa 300 KZ-Häftlinge im Maschinengewehrfeuer der Wachmannschaften umgekommen sind...

Dennoch – wer mit seinem Einsatz für eine Gedenkstätte auch vor Ort auf offene Ohren hofft, muß zunächst einmal die so entstandenen Tatsachen in Rechnung stellen und es etwa akzeptieren, daß alle Initiativen für eine sichtbare Erinnerung an das Stalag XB und KZ-Auffanglager vom Betreiber des Pferdehofes verständlicherweise als Bedrohung der beruflichen Existenz gesehen werden.

Man kann mir doch hier nicht den Aufbau eines Ferienhofes ermöglichen, ohne mich vorher über die historische Bedeutung des Platzes aufzuklären und mir dann laufend Kränze, Kreuze und dergleichen vor die Tür stellen. Wenn der Staat jetzt hier eine Gedenkstätte oder so etwas will, dann fühle ich mich getäuscht und man wird uns entschädigen müssen.

So etwa lautet im Einzelfall die Argumentation eines „Betroffenen“, und man wird sie ernst nehmen müssen.

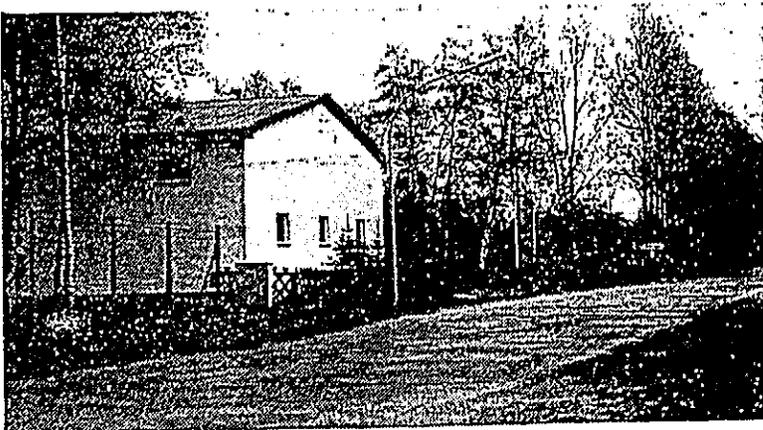
Mein persönlicher Eindruck:

Die Forderung nach einer Dokumentationsstätte bleibt aktuell. Sie muß dem Ziel gerecht werden, neben der Kenntnis um Brauchtümer und Trachten auch diesen Teil von Dorf- und Nationalgeschichte fest im Bewußtsein vor allem jüngerer Generationen zu verankern. Sie wird aber auch weiterhin auf Widerstand stoßen, der mir übrigens auf der Ebene der politischen Instanzen massiver zu sein scheint, als in der breiten Bevölkerung. Die Art und Weise, wie Gedenkstätteninitiativen sich mit diesem sehr unterschiedlich motivierten Widerstand auseinandersetzen, ist bereits Teil recht verstandener Gedenkstättenarbeit und Bewährungsprobe zugleich.

Zevener Zeitung vom 6. 5. 1986

In Sandbostel . . . ➔

. . . kam es zum heftigen Interessenkonflikt zwischen einem italienischen Fernsehteam und einem Anlieger. Das Fernsehteam wollte im ehemaligen Sandbosteler Lager filmen, um das Schicksal italienischer Kriegsgefangener zu dokumentieren. Aus geschäftlichen Gründen verhinderte dieses Vorhaben der dort ansässige Betreiber eines Reiterhofes (siehe Bericht).



LOKALES

Dienstag, 6. Mai 1986

Italienischer Regisseur reagierte auf Auseinandersetzung mit Anlieger:

Dreharbeiten auf ehemaligem Lagergelände abgebrochen

Inhaber eines Reiterhofes fürchtet Schädigung seines Geschäftes und verlangt Filmmaterial
Autor des geplanten Dokumentarfilmes bezeichnet den Vorfall als peinlich und skandalös

SANDBOSTEL (ra). In einer Presseerklärung, die nationalen und internationalen Nachrichtenagenturen zugeleitet wurde, bringt der italienische Journalist und Regisseur Dr. Massimo Sani offen seine Empörung über einen Zwischenfall auf dem ehemaligen Lagergelände in Sandbostel zum Ausdruck. Ein Team des italienischen Fernsehens RAI-TV wurde nämlich bei Dreharbeiten auf der historischen Stätte von einem Anlieger so sehr behindert, daß man sich für den Abbruch der Aufnahmen entschied. Alfred W. hingegen, der auf dem ehemaligen Lagergelände einen Reiterhof betreibt, sah durch eine Publikation der historischen Hintergründe seine geschäftlichen Erfolge gefährdet - obwohl der Reiterhof lediglich im Hintergrund des Streifens erscheint. Während der italienische Regisseur den Interessenkonflikt als einen Vorfall von besonderer Peinlichkeit bezeichnet, zumal dies auf deutschem Boden geschehen ist, hat der Betreiber des Reiterhofes seinen Rechtsanwalt eingeschaltet und klagt auf die Herausgabe der Aufnahmen.

Das italienische Fernsehen RAI-TV (eine öffentliche Anstalt des italienischen Staates) produziert gegenwärtig einen vierteiligen Dokumentarfilm über das Schicksal der italienischen Kriegsgefangenen während des zweiten Weltkrieges. Der Autor dieser Serie, Dr. Massimo Sani, hatte hierzu bereits Aufnahmen in Frankreich, den USA und Großbritannien gemacht. Weitere Aufnahmen sind in Indien, Afrika und Italien geplant.

Als Beispiel eines ehemaligen deutschen Kriegsgefangenenlagers auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik wurde das damalige Sandbosteler Internierungslager gewählt. Schon im Februar dieses Jahres war Dr. Sani in Bremervörde, um die Aufnahmen u. a. mit der Leiterin des Kreisarchivs vorzubereiten. Ende April begann das Team von RAI-TV in Zusammenarbeit mit dem ZDF, das die technische Ausrüstung und Personal zur Verfügung stellte, mit den Dreharbeiten.

Laut Dr. Sani hatte das Team kaum seine Arbeit mit einer Schülergruppe des Bremervörder Gymnasiums auf der öffentlich zugänglichen Lagerstraße aufgenommen, da erschien plötzlich Alfred W. und forderte, die Dreharbeiten einzustellen. Begründung: „Wir wollen das nicht!“ Später rief er Beamte des Bremervörder

Polizeireviere hinzu, von denen er sich Unterstützung in seinem Begehren erhoffte. Von ihnen mußte er sich eines Klügeren belehren lassen, weil es sich um allgemeine Aufnahmen handelte und es daher kein Grund gab, den Hof nicht zu filmen. Ferner konnten die Beamten lediglich den verantwortlichen Redakteur bitten, Herrn W. nicht persönlich zu filmen. Da das Fernsehteam an ihm ohnehin kein Interesse hatte, konnten die Arbeiten anschließend fortgesetzt werden.

Am nächsten Tag soll W. in Begleitung eines Hundes während eines Interviews mit einem italienischen Historiker erneut erschienen sein, sich vor die Kamera gestellt und den sofortigen Abbruch der Dreharbeiten gefordert haben. Vergeblich versuchten die Filmleute, ihm klarzumachen, daß sie sich auf einem öffentlichen Gelände befinden. Um weiteren Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen, entschied sich das Fernsehteam, die Arbeiten auf dem Lagergelände abzubrechen und führte das Interview mit dem Historiker außerhalb zu Ende.

Dr. Sani betont in seiner Presseerklärung, die nationalen und internationalen Agenturen zugeleitet wurde, daß dem italienischen Fernsehen bei der Durchführung seines Vorhabens auf historisch be-

deutschen Gelände eine derartige Behinderung noch nie begegnet ist. Daß dieses ausgerechnet in Deutschland geschehen sei, verleihe dem Zwischenfall eine besondere Peinlichkeit. Dr. Sani: „Daß dergleichen auf einer historischen Stätte, die für hunderttausende Europäer von schicksalhafter Bedeutung ist, geschehen konnte, ist skandalös!“

Für Alfred W. ist der geschichtliche Hintergrund des Sandbosteler Industriegebietes sehr wohl bekannt und für ihn darüber hinaus von großer Bedeutung. Wie er der „ZZ“ in einem Gespräch mitteilte, kann er aus geschäftlichen Gründen einfach nicht zulassen, daß sein Reiterhof bei Filmaufnahmen mit dem ehemaligen Lager in Verbindung gebracht wird. „Schon einmal hatte sich eine Schulklasse bei uns angemeldet, die wir letztendlich auf Grund der Vorgeschichte abschreiben konnten.“ Die Klassenlehrerin, der es offenbar an wahrheitsgemäßem Wissen mangelte, soll gesagt haben: „Meine Kinder schlafen nicht in einem KZ!“

Alfred W. weiter: „Durch Filmaufnahmen, auf denen im Hintergrund reitende Kinder zu erkennen sind, könnte dieser Eindruck verstärkt entstehen. Erfahrungsgemäß werden dann Kinder aus Hamburg und Bremen, die unseren Reiterhof stark frequentieren, fernbleiben. Deshalb wollen wir diese Aufnahmen nicht.“ Als lächerlich bezeichnet er das Angebot des deutschen Aufnahmeführers, der ihm „schlappe“ 300 Mark in Aussicht gestellt hat, wenn das Fernsehteam auf seinem Grundstück filmen darf. „Die Schulklasse, die anschließend nicht mehr zu uns kommt, bedeutet nämlich einen Verlust von rund 3000 Mark.“

Der Zwischenfall mit dem italienischen Fernsehteam ist für den Sandbosteler indes noch längst nicht abgeschlossen. Er will die Angelegenheit zivilrechtlich verfolgen, hat inzwischen seinen Rechtsanwalt eingeschaltet und klagt auf Herausgabe des Filmmaterials.

(Auszüge aus Lit. Verz. 29)

RESISTENZA

OGT
bologna

Edito a cura dell'ANPI provinciale - Bologna - 1984

40° della lotta



In diesem Buch, das wir während eines Workcamps in Marzabotto geschenkt bekamen, befindet sich nachstehendes Bild. (S. 118)

di liberazione



Übersetzung des Bildtextes: Sandbostel (Deutschland) – In dem Lager werden internierte italienische Soldaten fotografiert und registriert.

Sandbostel (Germania): militari italiani internati nel lager vengono fotografati e immatricolati (foto Vialli).

4. Zwei Zeitungsausschnitte zur Beschriftung des Bunkers „Valentin“

Die Norddeutsche vom 16. 3. 1985

„Unpolitisch und kleinkariert“

SPD-Unterbezirk zum Thema U-Boot-Bunker Farge

Bremen-Nord (lr) Auf Unverständnis bei den Mitgliedern des SPD-Unterbezirks-Vorstandes Bremen-Nord stieß ein Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium der Verteidigung, Würzbach, an die bremischen SPD-Bundesstagsabgeordneten in Sachen U-Boot-Bunker Farge. Die Nordbremen Sozialdemokraten hatten sich mit einem auf einer UB-Delegiertenversammlung beschlossenen Antrag an ihrer Abgeordneten gewandt. Darin wurde gegen die Entscheidung des Bundesministeriums für Verteidigung protestiert, die Aufschrift „Nie wieder Krieg“ auf dem Bunker Valentin zu verweigern.

In seinem Schreiben erklärte Würzbach, das „öffentliche Gebäude und Anlagen in aller Regel als Objektträger für Meinungsäußerungen ungeeignet“ seien. Das gelte besonders für die Bundeswehr, die aus der politischen Auseinandersetzung herausgehalten werden sollte. Es entspreche ihrem Selbstverständnis und der politischen Zielsetzung in der Bundesrepublik, daß die Bundeswehr eine Armee sei, die ausschließlich dem Frieden diene und zur Kriegsverhütung beitrage. Im übrigen befände sich am Bunker eine Plakette mit einem Mahnspruch in französischer Sprache.

Der UB-Vorstand blieb bei seiner Auffassung, daß der Bunker als öffentliche Anlage sehr wohl für eine Meinungsäußerung geeignet sei. Es entspreche einer bremischen Tradition, daß Bunker aus dem 2. Weltkrieg, statt trist vor sich hinzugammeln, durch eine entsprechende Gestaltung zum Nachdenken anregen. Das geschähe vielen Beispielen durch eine angemessene Bild- und Schriftgestaltung.

UB-Vorsitzender Karl Lüneburg erinnerte in der Diskussion daran, daß der Bunker, bei dessen Bau unzählige KZ-Insassen und Kriegsgefangene ums Leben kamen, ein

Mahnmal mit besonderer historischer Tradition für die Nachwelt darstelle. Die Stadt Bremen habe dies durch die Errichtung einer Gedenkstätte entsprechend gewürdigt. Nun sei der Bund gefordert.

„Wenn die Bundeswehr eine friedenssichernde Funktion habe, könne dies nicht besser als durch den Ruf „Nie wieder Krieg“ dokumentiert werden.“

Das Mahnmal in Farge.

Burg-Lesumer Vereinsblatt vom 13. 10. 1982



Ortsausschuß für Mahnmal am Bunker „Valentin“

Unterschiedliche Auffassungen zum Standort

FARGE-REKUM. Der Ortsausschuß Farge-Rekum hat sich dafür ausgesprochen, anlässlich der fünfzigsten Wiederkehr des Tages der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten im nächsten Jahr am Bunker „Valentin“ ein Mahnmal aufzustellen. Der vorliegende Entwurf des Künstlers Friedrich Stein wurde allgemein als treffend und wertvoll erachtet.

Das Kunstwerk stellt einen gebrochenen, aus der Achse gedrehten Betonpfeiler mit eingeklemmten, nach Hilfe suchenden Menschen dar. Das Mahnmal sollte damit auf drastische Weise die Situation der Menschen in den letzten Jahren des Faschismus dar, erläuterte Dr. Hans-Joachim Manske vom Senat für Wissenschaft und Kunst.

Das Mahnmal wird circa 3,50 m hoch sein und 20 000,- DM kosten, was nach Ansicht von Dr. Manske sehr wenig Geld für ein gutes Kunstwerk ist. Zusammen mit dem Kunstwerk wird eine Tafel aufgestellt, die an die große Zahl der Zwangsarbeiter, die beim Bau des Bunkers ums Leben gekommen sind, erinnern soll. Die Zahl der Toten liegt nach unterschiedlichen Angaben zwischen 5000 und 6000. Dr. Manske sprach sich dafür aus, das Kunstwerk an der Längsseite des Bunkers in Höhe der vorderen Schmalseite vor dem Deich aufzustellen. Wegen diver-

ser Deichschutzvorschriften sei ein Standort auf dem Deich problematisch.

Willi Stamm (SPD) hielt dem entgegen, daß man über den Standort geteilter Meinung sein könne. Er würde einen Aufstellungsort links vor dem heutigen Bunkerolfgang befürworten. Als wenig praktikabel erwies sich der Vorschlag von Wolfgang Fastenau (SPD), das Mahnmal dort aufzustellen, wo das Leid am größten gewesen sei. Dieser Punkt sei heute mit Gewißheit nicht mehr zu lokalisieren.

Dieter Czichon (SPD) begrüßte die Aufstellung des Mahnmals. Der Hinweis auf diesen Abschnitt der deutschen Geschichte sei gerade für die Jugend positiv. In seiner Schulzeit in Farge habe er nichts über die Arbeitslager und die vielen Opfer beim Bunkerbau erfahren. Kritik kam vom Beiratsmitglied Carl Schulken (CDU): „Wir beschäftigen uns zur Zeit immer nur mit erdrückenden Problemen. Sollte man nicht darauf hinweisen, daß wir jetzt in einer anderen Zeit leben?“

Der Ortsausschuß faßte einstimmig den Beschluß, in Kürze eine Ortserhebung durchzuführen, um

Klarheit über den endgültigen Standort des Mahnmals zu bekommen.

Kontrover wurde die Diskussion, als eine Vertreterin des Antifaschistischen Arbeitskreises des Vegesacker Bürgerhauses vorschlug, den Bunker zur Westseite in vier Sprachen mit der Aufschrift „Nie wieder Krieg!“ zu bemalen.

Carl Schulken und Willi Stamm sperrten sich sofort gegen diesen Vorschlag. Stamm meinte, daß dieser Spruch derzeit überall an den Hauswänden zu finden sei und politisch nicht eindeutig definiert sei. Auch Dr. Manske war der Ansicht, daß der Spruch sehr problematisch sei. Da der Bunker der Bundeswehr gehöre, seien langwierige Diskussionen zu erwarten. Er glaube nicht, daß die Bundeswehr dem zustimmen würde.

Auf Vorschlag eines Bürgers soll der Entwurf des Kunstwerks öffentlich ausgestellt werden, damit sich die Bürger ein besseres Bild von den damaligen Zuständen machen können. Ortsamtsleiter Lüneburg nahm die Anregung wohlwollend auf. fp

5. Offener Brief zur Errichtung einer Gedenkstätte in Bremen-Farge

Gustav-Heinemann-Bürgerhaus

Kirchheide 49 Telefon 650305
2820 Bremen 70 (Vegeack)

Im Namen der unterzeichneten Gruppen:

Hanna Ridder

Landrat-Christians-Str. 76

2820 Bremen 71

Tel.: 0421/607622

Bremen, den 17.12.1985

O F F E N E R B R I E F

An den
Bundesminister für Verteidigung

Herrn Manfred Wörner

"Hardthöhe"

5300 Bonn 1

Betrifft: Antrag auf Errichtung einer Gedenkstätte u.a. für das
Außenlager "FARGE" des KZ Neuengamme am Rande des
Truppenübungsplatzes Schwanewede.

Sehr geehrter Herr Minister Wörner!

In diesem Jahr wurde in der Bundesrepublik Deutschland zum 8. Mai allerorts der 40. Wiederkehr des Kriegsendes und der Befreiung unseres Landes vom Faschismus gedacht. Aus diesem Anlaß plädieren wir, die unterzeichneten Mitglieder und Vertreter verschiedener Friedensgruppen und Bürgerinitiativen, für die Errichtung einer Gedenkstätte nah unserem Wohngebiet. Es handelt sich um ein Gelände, das derzeit von der Bundeswehr genutzt wird. Wir wenden uns deshalb an Sie mit der Bitte um Unterstützung und Vermittlung.

Direkt an der nördlichen Grenze von Bremen liegt im Landkreis Osterholz-Scharmbeck ein Wald- und Heidegelände, 1938 für militärische Zwecke von der WIFO aufgekauft, heute von der Garnison Schwanewede zu Übungszwecken genutzt. (Siehe auch Anlage, Lageplan)

Wir bitten Sie, einen kleinen Randstreifen dieses Geländes freizugeben, damit darauf eine Gedenkstätte errichtet werden kann.

Auf diesem Teil des jetzigen Truppenübungsplatzes befand sich seit 1943 das Außenlager "Farge" des KZ Neuengamme und ein Arbeits-Erziehungslager der Gestapo Bremen. Das KZ-Außenlager diente zur Unterbringung von Arbeitskräften für den an der Unterweser in Bremen-Farge errichteten U-Boot-Bunker "Valentin" einschließlich unterirdischer Tanklager. Für dieses gewaltige Projekt der NS-Machthaber wurden Menschen aus fast allen europäischen Nationen, besonders aus der UdSSR, Polen und Frankreich - die größten Gruppen - sodann aus Holland, Jugoslawien, Griechenland, Belgien, Italien etc. deportiert. Auch deutsche Regimegegner waren hier inhaftiert. Als Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge wurden sie in verschiedenen Lagern festgehalten und unter schwersten Bedingungen zur Arbeit bis zur Erschöpfung gezwungen. Tausende von ihnen fanden durch Unterernährung, Kälte, Strapazen und

- 2 -

Mißhandlungen den Tod. Ihre Leichen wurden in Massengräbern auf dem Gelände verscharrt und konnten größtenteils nie identifiziert werden. Die genaue Zahl der Toten ist unbekannt, man schätzt aber über 5000, trotz der kurzen Bauzeit. Viele von denen, die den 8. Mai 1945 überlebten, starben in den darauffolgenden Monaten. Einige wenige sahen ihre Heimat wieder. Sie oder die Angehörigen suchen die Stätte der damaligen Leiden auf, so oft sie können.

Seit 1960 besucht z.B. eine Gruppe französischer Überlebender des KZ - Mitglieder der Amicale de Neuengamme - mit ihren Angehörigen Jahr für Jahr die Stätten ihres Leidens und gedenkt der Toten. So war es auch in diesem Jahr am 4. Mai 1985.

Auf Bremer Initiative wurde 1983 - spät, aber nicht zu spät - beim Valentinsbunker ein Mahnmal "Vernichtung durch Arbeit" durch den damaligen Bürgermeister Hans Koschnick, konsularische Vertreter und Vertreter der Bundesmarine im Beisein ehemaliger Häftlinge und der Präsidentin der Amicale Internationale de Neuengamme, Mme. Aubry, Paris, eingeweiht. Suchen sie aber die übrigen Stätten - den unterirdischen KZ-Bunker und die Baracken - so müssen die Besucher Jahr für Jahr erleben, daß über diese Orte des Grauens Gras gewachsen ist und die Spuren immer mehr verwischen und in Vergessenheit geraten, als wäre nichts gewesen.

Auf Bremer Initiative hin wurde zwar einer der früheren Ölbunker, in denen ein Teil des KZ-Außenlagers untergebracht war, von der Bundeswehr Schwanewede mit einem Zaun eingegrenzt. Aber wir meinen, es muß gerade hier noch mehr geschehen. In Verantwortung vor den Überlebenden und den Angehörigen der Verstorbenen sollte hier eine kleine überdachte Gedenkstätte errichtet werden mit Mahntafeln, auf denen das Geschehene dokumentiert wird. Auch die Zuwege zu diesem Bereich sollten so ausgeschildert sein, daß für jeden erkennbar ist, wohin sie führen und was den Besucher erwartet. Die Namen der angrenzenden Straßen - Hospitalstraße und Lagerstraße - sollten durch Erklärungen gekennzeichnet werden. Die Zuwege sollten kenntlich gemacht und gefahrlos zu benutzen sein.

Auch der kleine Friedhof, mitten im Übungsgelände, der die Toten aufgenommen hat, die nach dem 8. Mai 1945 noch starben, gehört zu den Spuren, die gekennzeichnet, geschützt und gut zu erreichen sein sollten.

Wir sind der Meinung, daß die Errichtung einer solchen Mahn- und Gedenkstätte dringend ist: Ehe die letzten äußeren Spuren dieses Teils der NS-Herrschaft verwischt sind, sollte die mahnende Erinnerung an jene Zeit wachgehalten werden für jetzige und künftige Generationen!

Sehr geehrter Herr Minister Wörner, wir bitten Sie sehr, diese Gedenkstätte zu ermöglichen, so daß unsere Gruppen zusammen mit dem Standort Schwanewede und den Ortsgemeinden endlich eine würdige Stätte der Erinnerung und der Mahnung schaffen, die zeugt von der Verantwortung unserer Generation für Vergangenheit und Zukunft.

Wir hoffen, daß dieser Versuch, die Schrecken des Faschismus dem Vergessen zu entreißen, Ihre ungeteilte Unterstützung findet, damit nach so vielen Jahren endlich an dieser Stelle das uns Mögliche geschieht. Wir sind es den Opfern und den Angehörigen, uns und unseren Nachfahren ebenso schuldig wie allen friedliebenden Menschen unserer Nachbarvölker!

- 3 -

- 3 -

Nachfolgend noch einmal unsere 3 Bitten an Sie:

1. Abtretung des genannten (und auf der Lageskizze eingetragenen) Geländestreifens am Rande des Übungsplatzes,
2. Ermöglichung der ständigen und gefahrlosen Zuwegung zu dem Friedhof,
3. Aufstellung angemessener Hinweisschilder zu und an dem im militärischen Bereich liegenden Friedhof.

Zur inhaltlichen und formalen Gestaltung der Gedenkstätte und der Hinweisschilder sind von unserer Seite konkrete Vorstellungen vorhanden.

An der Verwirklichung dieses Projektes besteht ein großes öffentliches Interesse. Daher erklärt sich beiliegender Verteilerkreis.

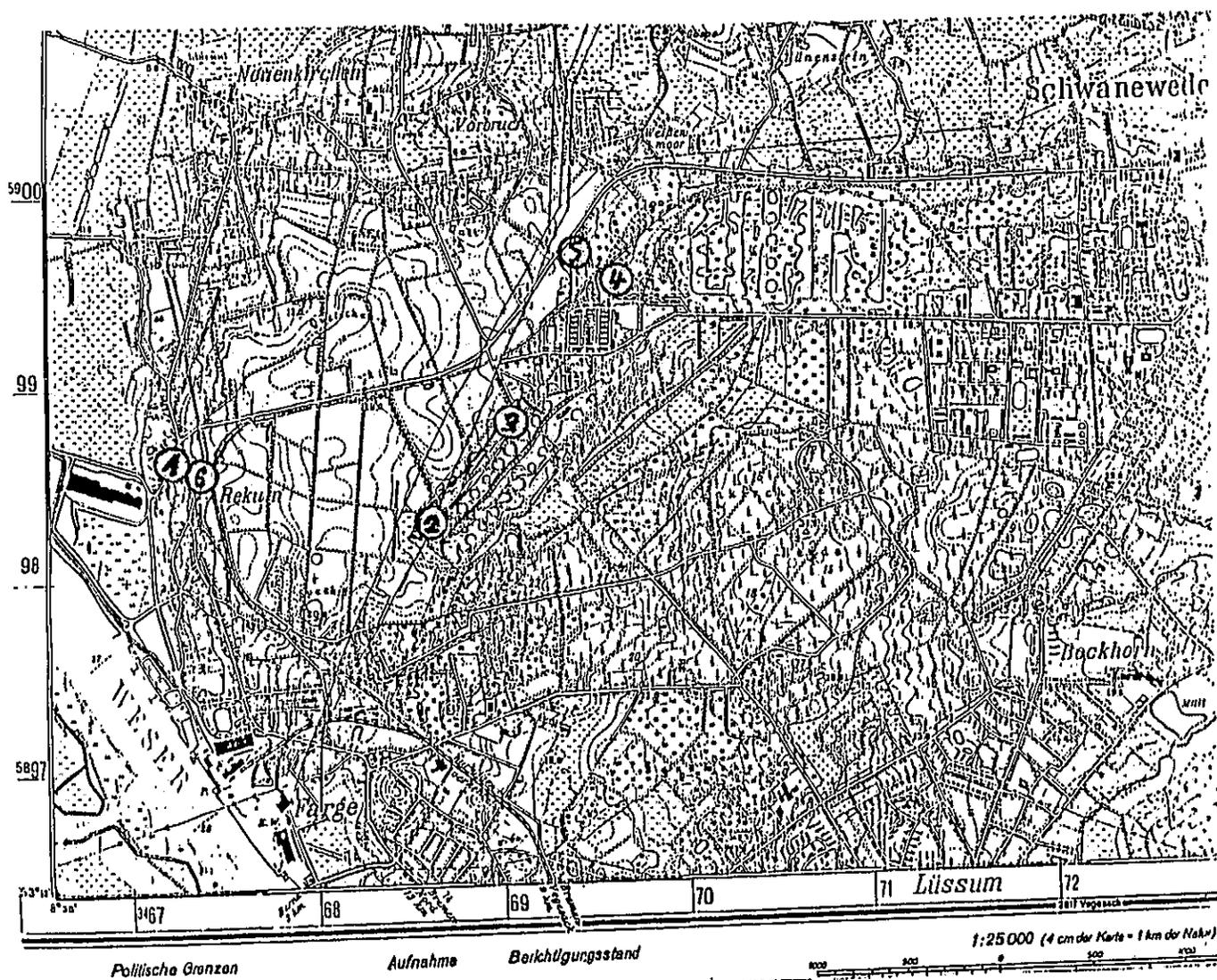
Mit freundlichem Gruß

- im Namen aller Gruppen -

Hanna Rüdiger

Diese Initiative wird unterstützt von:

Friedensgruppe Schwanewede-Beckedorf
 luth. Kirchengemeinde Bremen-Lüssum
 Friedensgruppe der ev.-ref. Kirchengemeinde Bremen-Blumenthal
 Friedensgruppe Schönebeck
 Friedensgruppe Lesum
 Antifaschistischer Arbeitskreis im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus
 Bremen-Vegesack
 VVN - Bund der Antifaschisten Bremen-Nord
 Friedensforum Bremen-Nord
 Arbeitsgemeinschaft für Frieden und Abrüstung in unserer Kirche
 - Werschenrege -
 Jungsozialisten in der SPD, Unterbezirk Bremen-Nord
 Der Kirchenrat der ev.-ref. Kirche Bremen-Blumenthal
 Die Grünen, Schwanewede
 Friedensgruppe Aumund
 Friedensgruppe Meyenburg
 Mahnwachen-Gruppe
 Die Grünen, Kreisverband Osterholz



1. Hinweisschild:
Mahn- und Gedenk-
stätte
"Vernichtung durch
Arbeit"
2. Arbeits- und
Erziehungslager
Farge (Trafohaus)
3. Außenlager des
KZ-Neuengamme
(eingezäunter
Rundbunker)

- 4- Waldfriedhof der
nach dem 8.Mai 45
an Haftfolgen ver-
storbenen KZ-
Häftlinge
5. Hinweisschild
zum Friedhof
(s. 4)
6. Hinweisschild an
der Lagerstraße
hinsichtlich des
Arbeits- und

Erziehungslagers
(s. 2.) und des
Außenlagers des
KZ-Neuengamme
(s. 3.) mit einer
Erläuterung zur
Bedeutung des
Names "Lagerstraße"

a. Die Adressaten des Offenen Briefes

Der offene Brief wurde u.a. an folgende Adressen geschickt:

Botschaften der

UdSSR, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Italien,
Österreich, Ungarn, Jugoslawien, Griechenland, Polen

Französischer Honorarkonsul in Bremen

Amicale Internationale de Neuengamme
Präsidentin, Generalsekretär, Schatzmeister

Nationale Sektionen der Amicale von
Frankreich, UdSSR, Belgien

Organisationen

VVN/BdA Bremen, AVS Bremen, DGB Bremen-Nord,
Arbeiterkammer Bremen-Nord, Angestelltenkammer
Bremen-Nord, Dokumentenhaus des ehemaligen KZ-
Neuengamme, Deutsch-Sowjetische Gesellschaft
Bremen-Unterweser, Landesverband Bremen der
Kriegsgräberfürsorge, Die Falken

Institutionen

Landeszentrale für politische Bildung, Staatsarchiv
Bremen

Politische Gremien

Präsident des Senats der freien Hansestadt Bremen,
Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Herrn
Grunenberg (MdB Bremen-Nord), Herrn Börnsen (frü-
herer MdB Osterholz), Partelen in Bremen-Nord, Herrn
Lüneburg (Ortsamtsleiter Blumenthal), Ortsaus-
schußvorsitzender Farge

Presse

dpa, epd, NDR-Studio Oldenburg, Redaktion Rund-
schau (Radio Bremen-Hörfunk), Redaktion „Buten und
Binnen“ (Radio Bremen Fernsehen), Günther
Schwarberg (Redaktion STERN), Lilo Weinshelmer
(Korrespondentin der Frankfurter Rundschau, Kölner
Stadtanzeiger, Stuttgarter Zeitung), Weser Kurier, Bre-
mer Nachrichten, DIE NORDDEUTSCHE, Osterholzer
Kreisblatt, Osterholzer Anzeiger, Bremer Blatt, Grün-
specht, BLV

Oberst Richter (Chef der Panzergrenadiere in Schwanewede)

b. Reaktionen auf den Offenen Brief

26.1.86

GÉNÉRAL ET MADAME PIERRE BRUNET

Gnädige Frau oder Fräulein

Ich bin Ihnen sehr dankbar für die Sendung des offenen Briefes; den verschiedenen Gruppen an den Bundesminister für Verteidigung angetragen haben. Das ist eine gute Initiative, der ich beistimme. Ich hoffe, wie Sie alle, dass dieser Schritt zum Ziel gelangen wird.

BEAUCHEMIN - SAINT BAUDEL
18100 LIGNIÈRES - (48) 80.08.84

13, RUE BANES - 92180 MEUDON
TEL (1) 834-27-40

Denn sie wissen wieviel die überlebende KZ-Käftlinge und die Familien der Verschwundenen am höchsten wünschen, dass die Spuren des abscheulichen Zeitabschnitts 1933-45 fortbestehen.

Mit meinem besten Dank, genehmigen Sie, gnädige Frau oder Fräulein, die Eindruck meiner Mitgefühl und meiner vornehmene Achtung -

Y. Brunet



HORST GRUNENBERG
Mitglied des Deutschen Bundestages

┌

Frau
Hanna Ridder
Landrat-Christians-Straße 76
2820 Bremen 71

└

5300 Bonn 1, 31. Januar 1986
Bundeshaus

Fernruf 02221/163832
Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hausanschluss.
Kommt ein Anschluss nicht zustande, bitte
Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Abgeordnetenbüro Bremerhaven
2850 Bremerhaven, Bürger 88
Fernruf 0471/45081/2

Betr.: Antrag auf Errichtung einer Gedenkstätte

Sehr geehrte Frau Ridder!

Ich habe heute an Herrn Bundesminister Dr. Wörner geschrieben.

Ich übersende in der Anlage mein Schreiben mit der Bitte um
Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Sturmheit

Sturmheit
(Mitarbeiter)



HORST GRUNENBERG
Mitglied des Deutschen Bundestages

Herrn
Dr. Manfred Wörner
Bundesminister der Verteidigung
Hardthöhe

5300 Bonn 1, 31. Januar 1986

Bundeshaus
Fernruf 02221 / 163832
Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hausanschluss.
Kommt ein Anschluss nicht zustande, bitte
Nr. 101 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Abgeordnetenbüro Bremerhaven
2850 Bremerhaven, Bürger 88
Fernruf 0471 / 45081 / 2

Betr.: Antrag auf Errichtung einer Gedenkstätte u.a. für das
Außenlager "Farge" des KZ Neuengamme am Rande des Trup-
penübungsplatzes Schwanewede

Sehr geehrter Herr Minister!

Frau Hanna Ridder, Landrat-Christians-Straße 76 in 2820 Bremen 71,
hat Sie im Namen von sechzehn Gruppen und Kirchengemeinden in
einem Offenen Brief vom 17.12.1985 gebeten zu prüfen, ob für die
Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Truppenübungsplatz Schwa-
newede ein Teil am Rande des Grundstücks zur Verfügung gestellt
werden kann.

Weiterhin bitten die Petenten um Ermöglichung der ständigen und
gefahrlosen Zuwegung zu dem dort gelegenen Friedhof und um das
Aufstellen von zu dem Friedhof hinweisenden Schildern.

Um Wiederholungen zu vermeiden, verweise ich auf den Inhalt des
Offenen Briefes.

Ich bitte um Prüfung und Mitteilung, ob und in welchem Umfang dem
Anliegen Rechnung getragen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Horst Grunenberg

RUDOLF SONNET

BEKASSINENSTRASSE 71
2800 BREMEN 33
TELEFON 0421/27 08 16

den 23.2.1986

Frau
Hanna Ridder
Landrat-Christians-Str. 76
2820 Bremen 71

Sehr geehrte Frau Ridder,

ich begrüße das Schreiben vom 17.12.1985 an den Herrn Bundesminister der Verteidigung, Manfred Wörner, und den darin gestellten Antrag auf Errichtung einer Gedenkstätte für das Aus-senlager "FARGE" des KZ Neuengamme am Rande des Truppenübungsplatzes Schwanewede.

Das Anliegen der zu diesem Zweck gegründeten Initiative findet meine volle Unterstützung. Mein Vater, bis 1933 Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft, wurde nach dem 20. Juli 1944 zusammen mit anderen "Verdächtigen" verhaftet und in eben dieses Lager verbracht.

Ich selbst befand mich zu dieser Zeit als Soldat an der Ostfront, südlich Warschau, und meine Mutter teilte mir nach einiger Zeit die Verhaftung meines Vaters, trotz Verbots durch die Gestapo, brieflich mit.

Nach seiner Entlassung erkrankte mein körperlich sehr geschwächter Vater an einer Lungenentzündung und verstarb am 27.10.44 im Alter von 57 Jahren im Kreiskrankenhaus Bassum.

Daraufhin erhielt ich dann kurz Heimaturlaub, traf aber erst nach der Beisetzung, wegen der Reiseumstände und Entfernung, in Bremen ein. Nach Rückkehr an die Front geriet ich dann selber am 24.1.1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft.

Ich halte es für dringend erforderlich, daß zur Vermeidung von Wiederholungen, als Mahnung an die Nachwelt, die Erinnerung an diese dunkelste Zeit unserer Geschichte wachgehalten wird.

Ich hoffe sehr, daß Ihre Bemühungen erfolgreich verlaufen, zumal sich ja der Boden auf dem diese Gedenkstätte vorgesehen ist, im Besitze des Bundes befindet.

Ich würde mich freuen, von Ihnen über das Ergebnis Ihrer Bemühungen informiert zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

ihw
Rudolf Sonnet

Der Bundesminister der Verteidigung
80 758/25

Bonn, 4. August 1986
*(0228) 12-

Frau
Hanna Ridder
Landrat-Christians-Straße 76
2820 Bremen 71

Sehr geehrte Frau Ridder!

Für Ihren offenen Brief vom 17. Dezember 1985, mit dem Sie die Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Standortübungsplatz Schwanewede ansprechen, danke ich Ihnen.

Ich habe großes Verständnis für Ihren Wunsch, für die Opfer des Außenlagers Farge des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme eine weitere Mahnstätte zu errichten. Leider läßt sich dies in der von Ihnen angeregten Form nicht verwirklichen. Der gewünschte rund 20 Hektar große Geländestreifen im Südwesten des Standortübungsplatzes wird von der Bundeswehr - wie auch die übrigen Flächen des Standortübungsplatzes - für militärische Ausbildungsvorhaben dringend benötigt. Es gibt keine Ausweichmöglichkeiten. Ich bedauere deshalb sehr, nicht helfen zu können.

Vielleicht könnte Ihren Anregungen dadurch Rechnung getragen werden, daß auf dem im nordwestlichen Teil des Standortübungsplatzes gelegenen Friedhof, auf dem Opfer des Konzentrationslagers Neuengamme ihre letzte Ruhe gefunden haben, eine Erinnerungstafel für die Opfer des Außenlagers Farge errichtet oder an der Ausgestaltung der dort bereits vorhandenen Gedenkstätte mitgewirkt wird.

...

- 2 -

Ich bitte Sie, mir das Votum der von Ihnen vertretenen Gruppen mitzuteilen; die Durchführung wäre mit der für die Pflege des Friedhofes zuständigen Gemeinde Schwanewede abzustimmen.

Im übrigen ist der Zugang zu dem Friedhof jederzeit gewährleistet. Die Beschilderung ermöglicht auch dem ortsunkundigen Besucher den sicheren und gefahrlosen Zugang zum Friedhof. Die Bezirksregierung Lüneburg prüft zur Zeit, ob an der Landstraße ein weiteres Hinweisschild aufgestellt werden soll.

Der Zugang zum Bunker und zum ehemaligen Lager ist wie bisher nach vorheriger Anmeldung beim Standortältesten möglich. Die Internationale Lagergemeinschaft des Konzentrationslagers Neuengamme und der Bundestagsabgeordnete Horst Grunenberg sind entsprechend informiert worden.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung


Prof. Dr. Timmermann

c. Erste Ergebnisse des Offenen Briefes



STERN, Heft Nr. 26, 1986

Geschichte. Mit zwei Gedenktafeln für 35 000 Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, die in den Jahren 1943 bis 1945 Bunker und Militäranlagen bauen mußten, will der Bundeswehr-Standortälteste in Schwanewede bei Bremen, Oberst **Adolf Brüggemann**, die Geschichte aufarbeiten. Der stellvertretende Brigadekommandeur der Panzergrenadierbrigade 32 machte sei-

ne Soldaten per Standortbefehl auf die Tafeln aufmerksam, die das Schicksal der »Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft« schildern, die unter »unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen« zum Bau militärischer Einrichtungen gezwungen wurden. Dieser Umgang mit der deutschen Vergangenheit hebt sich von der Aufstellung einer Gedenktafel für »die tapferen

Infanteriemänner« des 119. Infanterie-Regiments ab, die der Kommandeur der in Mutlangen stationierten 56. US-Feldartilleriebrigade, **Raymond E. Haddock**, in Schwäbisch Gmünd vornahm. Dabei gedachten der General und anwesende Bundeswehrvertreter mit keinem Wort der Nazi-Opfer.



Erste Ergebnisse des Offenen Briefes

6. Rückschau

Mittlerweile ist über ein Jahr vergangen.

Es ist Zeit für eine Rückbetrachtung:

Wir liefen vier Tage bei schönstem Wetter entlang des Weges, den 40 Jahre zuvor uns unbekannte Menschen gehen mußten. Wir bekamen Übernachtungsmöglichkeiten gestellt, wurden von den politisch Verantwortlichen der Gemeinden begrüßt und bekamen vor Ort Raum, unser Anliegen und unsere Erwartungen den Mitbürgern darzulegen. Wir waren überrascht über die Aufgeschlossenheit der Menschen, die Zeitzeugen waren. Wir wurden nie zurückgewiesen, nie beschimpft und nie verspottet. Wir sind vom Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) und der Arbeiterwohlfahrt bestens versorgt worden; wir haben auch Unterstützung von zwei Bremer Senatoren erhalten. Nämlich vom Senator für Bildung, der die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern mit ihren Lehrerinnen/Lehrern ermöglichte und vom Senator für Jugend und Soziales, der 2000 DM als Zuschuß

gab.

Wir waren rund 60 Menschen, die nach Spuren der Opfer suchten, die nicht, wie so gerne behauptet wird, namenlos sind, sondern deren Name verschwiegen wird. Wir sahen ihre Gräber, die neben denen von Tätern lagen. Vielleicht nicht neben denen ihrer Mörder, aber doch neben den Gräbern von Menschen, die die gleichen Ziele wie ihre Mörder hatten.

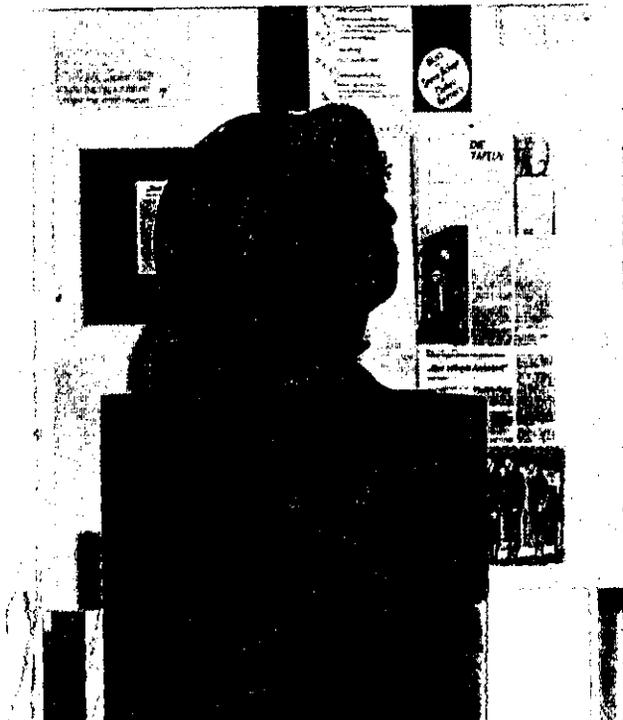
Das Hakenkreuz auf den Grabsteinen gibt Auskunft über das Denken dieser Toten, als sie noch Täter waren, und über das Ihrer Angehörigen im demokratischen Deutschland.

Trotz – und wegen – der vielen erfreulichen Begegnungen wissen wir, daß dieser Gedenkmarsch erst ein Beginn ist, verschüttete Geschichte aufzuarbeiten. Nicht nur am Beispiel der Grabsteine wird deutlich, wie dringend notwendig dies ist. Auch in Gesprächen entlang des Weges mit Zeitzeugen wurde dies unterstrichen.

Steinerne Zeugen:



*Ein ungewöhnlicher Grabstein:
Eine ehrliche Aussage in unzwei-
deutiger Sprache! Warum sind die
meisten Grabinschriften uniforme
Phrasen über Heldentum und Ehre?*



*Ein ungewöhnliches Denkmal:
Am 18. Oktober 1986 wurde im Gu-
stav-Heinemann-Bürgerhaus von
der Gruppe „Reservisten verwei-
gern sich“ unter Mitarbeit des Anti-
faschistischen Arbeitskreises das
Denk-Mal des „Unbekannten De-
serteurs“ der Öffentlichkeit über-
geben.*

G. Literaturverzeichnis

- 1 Klaus Volland, Werner Borgsen (Hrsg.), Nie wieder!, Dokumentation der Demonstration und Kundgebung am 3. Mai (1980) in Bremervörde und Sandbostel
- 2 Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 - 1945, Niedersachsen I, Pahl Rugenstein Verlag
- 3 Wolfgang Szepansky, Dennoch ging ich diesen Weg, Versand „Neue Welt“, Berlin
- 4 Comité International de Dachau (Hrsg.), Konzentrationslager Dachau 1933 - 1945, © 1978, 7. Auflage
- 5 Im KZ Dachau ausliegendes Flugblatt des Internationalen Dachau-Comité und der Stadt Dachau
- 6 Reimund Schnabel, Macht ohne Moral, Röderberg Verlag, Fim. 1957
- 7 Renzo Vespignani, Faschismus, Elefanten Press
- 8 Kollegengruppe der Klöckner-Hütte Bremen, Fiespott-KZ an der Norddeutschen Hütte, Kontakt: Robert Milbradt, Auf den Delben 35, 2800 Bremen
- 9 Toni Siegert, 30 000 Tote mahnen!, die Geschichte des Konzentrationslagers Flossenbürg und seiner 100 Außenlager von 1938 - 1945, Verlag der Taubald'schen Buchhandlung GmbH, Weiden 1984
- 10 Adalbert Busl, Harald Fähnrich, Pfarrei Beidl, Verlag Pfarrei Beidl 1977
- 11 Bogdan Suchowiak, Mai 1945 - Die Tragödie der Häftlinge von Neuengamme, RoRoRo 1985
- 12 Paul Ducloux, sombres années, édition de la croix de pierre
- 13 Günther Schwarberg, Angriffsziel Cap Arcona, Stern Buch, 1. Aufl. 1983
- 14 Rudi Goguel, Cap Arcona, Röderberg Verlag, 2. Aufl. 1982
- 15 Fritz Bringmann, Neuengamme, Röderberg Verlag, 1981
- 16 Fritz Bringmann, Kindermord am Bullenhuser Damm, Röderberg Verlag, 3. Aufl. 1980
- 17 Informationen für die Truppe, Heft 7/85
- 18 C. U. Schminck-Gustavus, Bremen kaputt, Brockkamp Verlag
- 19 Günther Schwarberg, Der Juwelier von Majdanek, Goldmann Taschenbuch
- 20 Elke Suhr, Das Konzentrationslager im Pfarrgarten, Bibliothek und Informationssystem der Universität Oldenburg, 1984
- 21 Walter Poller, Arztschreiber in Buchenwald, Verlag das segel, Offenbach am Main, 1960
- 22 G. Zörner u. A., Frauen-KZ Ravensbrück, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1973
- 23 Karla Müller-Tupath, Reichsführers gehorsamster Becher, Konkret Literatur Verlag
- 24 Wolfgang Barz, Barbara Distel, Dachauer Hefte 1, „Die Befreiung, 1. Jhrg. 1985, Heft 1
- 25 Eugen Kogon, Der SS-Staat, Kindler Verlag, München 1974
- 26 Herbert Schwarzwälder, Bremen und Nordwestdeutschland am Kriegsende 1945 I, Die Vorbereitung auf den „Endkampf“, Karl Schünemann Verlag, Bremen
- 27 Christoph Schminck-Gustavus, Bremen von unten, eine vorläufige Dokumentation, Universität Bremen, Fachbereich 5, Bremen Dezember 1981
- 28 Menschen unserer Zeit, Karl Ravens, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Kirche, Wirtschaft und der Politik, transcontact-Verlagsgesellschaft, 5300 Bonn, © 1976
- 29 Resistenza 40° della, lotta die liberazione, Editto a cura dell ANPI provinciale, Bologna, 1984
- 30 Hartmut Soell, Fritz Erler - Eine politische Biographie, Bd. I + II, J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Berlin - Bonn - Bad Godesberg, © 1976
- 31 Exxon, Bundesrepublik Deutschland Nord, 1984/85
- 32 Haupka & Co., Radtouren-Karte Cuxhaven-Bremen, M 1: 100 000, ADFC